

- ⊗ J.L. Cornaz (FDP)    D. Fiala (FDP)    E. Danner (EVP)    D. Oswald (SVP)
- ⊗ Dr. med. B. Muff    R. A. Siegenthaler (SVP)    Dr. med. U. Stoffel (FDP)
- ⊗ Dr. med. J. Widler (CVP)    Dr. R. Sauter (FDP)    T. Weber-Gachnang (SVP)
- ⊗ Dr. med. B. de Roche    F. Leutenegger (FDP)    Dr. med. O. Denzler (FDP)



## Medienmitteilung vom 24. Oktober 2008

Medienorientierung vom 24. Oktober 2008

### **Volksinitiative „JA zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug“: Der richtige Weg für Stadt und Land!**

**Das Abstimmungskomitee der Volksinitiative „JA zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug“ ruft die Zürcher Stimmbevölkerung auf, nach den beiden gewonnenen Abstimmungen der Jahre 2001 und 2003 mit einem JA für eine klare, rechtsgleiche und patientenfreundliche gesetzliche Regelung zu sorgen. Die Initiative sorgt dafür, dass erkrankte Menschen im ganzen Kanton die Wahl haben, ihre Medikamente entweder bei ihrem behandelnden Arzt, in der Apotheke oder über eine Versandapotheke zu beziehen. Unbegründete rechtliche und örtliche Unterschiede zwischen dem Land und den Städten Zürich und Winterthur werden aufgehoben.**

Nach einer zehnjährigen Geschichte mit drei Volksinitiativen, zwei Bundesgerichtsentscheiden sowie zwei gewonnenen Volksabstimmungen, ist es an der Zeit, eine rechtsgleiche, faire und patientenfreundliche Regelung zum Medikamentenbezug ins neue Gesundheitsgesetz aufzunehmen. Zwei Mal schon lehnte das Volk zu Recht politische Versuche ab, die beliebte und bewährte ärztliche Medikamentenabgabe einzuschränken. Auswertungen dieser Volksabstimmungen ergaben, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger als mündige Bürgerinnen und Bürger die freie Wahl wollen, ihre Medikamente dort zu beziehen, wo sie dies für richtig halten. Nämlich bei Ihrem behandelnden Arzt, in einer Apotheke oder über eine Versandapotheke.

#### **Der Regierungsrat sagt JA!**

Der Regierungsrat wollte daraufhin im Sinne der Abstimmungsergebnisse, wie der Stadtzürcher CVP-Gemeinderat *Josef Widler* an der heutigen Medienkonferenz des Komitees ausführte, die Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug im ganzen Kanton einführen. Das Bundesgericht rügte die erlassene Verordnung auf Beschwerde der Apotheken hin und forderte aus formellen Gründen eine gesetzliche Grundlage. Die zur Abstimmung anstehende Gesetzes-Initiative erfüllt diese Forderung. Sie sorgt für eine rechtsgleiche, faire und patientengerechte gesetzliche Verankerung der Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug. Also für die freie Wahl der Patienten, ihre Medikamente überall im Kanton bei Ihrem behandelnden Arzt, in der Apotheke oder über eine Versandapotheke beziehen zu können. Die Initiative wird nebst dem überparteilichen Abstimmungskomitee „JA zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug“ auch von der Zürcher Regierung, der CVP, der FDP, der SVP sowie von zahlreichen namhaften Politikern und Personen verschiedenster Organisationen offiziell unterstützt.

#### **Gleiche Rechte für alle!**

Als Stadtzürcherin empfindet die FDP-Kantonsrätin *Regine Sauter* sich in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Wieso muss sie bei einer schweren Grippe, allenfalls noch zu nächtlicher Zeit, den Umweg über eine Apotheke machen, um zu einem entsprechenden Medikament zu kommen, fragt sie. Und dies in einer Zeit, in der die Grenzen zwischen Stadt und Land sich immer mehr verwischen. Eine solche künstliche Grenzziehung sieht sie als willkürlich an. Die Grenzziehung schafft nach heutiger Regelung innerhalb des gleichen Kantons zwei Kategorien von Patienten: jene, die selber

bestimmen können, wo sie ihre Medikamente beziehen und jene, für die diese Wahlfreiheit nicht besteht. Letztere müssen zudem noch teure Apothekenpauschalen bezahlen.

### **Einheitliche Regelung**

Auch der Winterthurer FDP-Kantonsrat und Arzt *Oskar Denzler* sieht die heutige Lösung als ungenügend und patientenfeindlich an. Ärzte sind für die Diagnose und die Therapie der Patienten verantwortlich. Sie verordnen das Medikament und tragen hierfür sowie für den richtigen Heilungsprozess die volle Verantwortung. Es gibt deshalb keinen vernünftigen Grund, warum ein städtischer Arzt seine Patienten nach der Konsultation zwingend in die nächste Apotheke schicken muss. Warum soll der Patient nicht frei entscheiden dürfen, wo er seine Medikamente beziehen möchte?

### **Der richtige Weg für Stadt und Land!**

Als Krankenschwester sieht die SVP-Kantonsrätin *Theres Weber-Gachnang* die Wahlfreiheit als den richtigen Weg für Stadt und Land an. Auf dem Land hat sich dieses patientenfreundliche und kostengünstige System der Medikamentenabgabe mehr als bewährt. Die Patienten sind zudem selbstbewusst und mündig. Sie wissen sehr genau, welche Art des Medikamentenbezugs für sie der einfachste und günstigste ist. Gerade kranke Menschen schätzen die schnelle, sichere, günstige und direkte Medikamenten-Abgabe in der Arztpraxis. Warum soll dies in den Städten Zürich und Winterthur anders sein?

### **JA zur Wahlfreiheit!**

Das überparteiliche Komitee „JA zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug“ wird in den nächsten Wochen mit Engagement und Werfe für ihre Vorlage eintreten. Es nimmt jedoch mit Bedauern zu Kenntnis, dass die Gegnerschaft mit teilweise haarsträubenden, äusserst unsachlichen und sehr polemischen Argumenten antritt. Das Komitee ist bereit, diese Aussagen gezielt zu entkräften.

[www.JAzurWahlfreiheit.ch](http://www.JAzurWahlfreiheit.ch)

### **Auskunftsperson ab 12.00 Uhr:**

Dr. med. Josef Widler	Präsident Co-Präsidium, Gemeinderat Zürich, Präsident der Arbeitsgruppe Heilmittel	Telefon Praxis: 044 432 02 50 Handy: 079 448 79 48
-----------------------	---	---